

Eva Kalny

Fallbeispiel Guatemala: der aktuelle Extraktivismus im Kontext vielfältiger Formen des Widerstands

Keywords: mining, Guatemala, new extractivism, resistance, indigenous population

Schlüsselwörter: Bergbau, Guatemala, Neuer Extraktivismus, Widerstand, Indigene

Die Diskussion um das von Eduardo Gudynas entwickelte Konzept des „Neuen Extraktivismus“ entwickelte sich insbesondere im Kontext der Beispiele in Venezuela, Bolivien und Ekuador (Svampa 2012: 8, Rojas-Kienzle 2012: 24); teilweise wurde das Konzept auch auf die Fälle in Argentinien, Brasilien und Uruguay (Gudynas 2012a: 47) angewandt. Der Vergleich mit dem Fallbeispiel Guatemala aber lässt Zweifel aufkommen, inwiefern es darüber hinaus anwendbar ist. Guatemala ist durch einen Bürgerkrieg geprägt, der 1996 nach 36 Jahren beendet wurde und der nach Einschätzung der UNO in mehreren Fällen einen Genozid an der indigenen Bevölkerung darstellte. Auch nach Ende des Krieges ist Mord praktisch straffrei; die Mordraten entsprechen denen von Kriegsschauplätzen. Das Justizwesen ist von Korruption und Willkür geprägt. Mit dem Ende der Kampfhandlungen kehrten transnationale Unternehmen nach Guatemala zurück und schufen gemeinsam mit Mitgliedern der nationalen Oligarchie die rechtliche Basis für die Ausbeutung der lokalen Bodenschätze. Auch die Präsidentschaft des Sozialdemokraten Álvaro Colom änderte an dieser Situation kaum etwas.

Dieser Beitrag erläutert nach einer kurzen Zusammenfassung zentraler Aspekte des Konzepts „Neuer Extraktivismus“ die Geschichte und Gegenwart des Extraktivismus in Guatemala mit besonderem Augenmerk auf den Widerstand gegen Großprojekte. Die vorliegende Literatur beschreibt vor allem öffentliche Protestaktionen gegen das Minenprojekt Marlin und drohende weitere Projekte. Meine Forschungserfahrung in Momostenango zeigt darüber hinaus, wie die Vergabe zahlreicher Explorations- und Schürflizenzen auch in Gemeinden Wirkung zeigt, in denen (noch) keine Minenprojekte bestehen. Als Interpretationsschema bzw. als *framing* der neuen Gefahr dienen den DorfbewohnerInnen ihre Erfahrungen von Krieg

und drohender Auslöschung. Gleichzeitig entwickeln Gemeinden im Widerstand gegen Megaprojekte neue Formen indigenen Gewohnheitsrechts, die sich nationale und internationale Rechtsnormen zunutze machen. Ähnlich wie in der Andenregion mit dem Begriff des „guten Lebens“ wird auch hier Indigenität mit neuen Inhalten gefüllt und neu definiert. Das Konzept des „Neuen Extraktivismus“ beschreibt, so die Schlussfolgerung, weder das spezifisch Neue der aktuellen Ressourcenausbeutung noch daraus resultierende gesellschaftliche Veränderungen oder Formen des Widerstands, sondern eine spezifische Form politischen Handelns angesichts des aktuellen Runns auf Rohstoffe.

Der „Neue Extraktivismus“

Unter Extraktivismus ist „eine auf höchstmögliche Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export ausgerichtete Entwicklungsstrategie“ (FDCL & RLS 2012b: 7) zu verstehen. Der Begriff beschreibt „jenes Akkumulationsmodell [...], das auf einer übermäßigen Ausbeutung immer knapper werdender, meist nicht erneuerbarer, natürlicher Ressourcen beruht, sowie auf der Ausdehnung dieses Prozesses auch auf Territorien, die bislang als ‘unproduktiv’ galten“ (Svampa 2012: 14). Extraktivismus umfasst Projekte des Bergbaus, der Erdölförderung, der Forstwirtschaft, des Agrobusiness und Infrastrukturprojekte, und große Wasserkraftwerke.

Im „progressiven“, „Neuen“ oder „Neo-Extraktivismus“ werden dieses Akkumulations- und Entwicklungsmodell nicht in Frage gestellt, die exportorientierte Rohstoffproduktion teilweise sogar ausgeweitet und die untergeordnete Rolle des Staates unter den Weltmarkt als Rohstofflieferant nicht hinterfragt. Allerdings greift nun der Staat wesentlich aktiver in den Prozess ein, erstellt klare Regeln, erhöht Abgaben und Steuern, stärkt die Position staatlicher Unternehmen und verhandelt in einigen Fällen bereits bestehende Verträge mit transnationalen Unternehmen neu. Gesellschaftliche Legitimität der Großprojekte wird dadurch erzielt, dass die so gewonnenen erhöhten Abgaben unter anderem zur Finanzierung von Sozialprogrammen eingesetzt werden.

Ebenso wie im herkömmlichen Extraktivismus entstehen Enklaven, in denen der Staat wenig präsent ist, Bürgerrechte nicht gewähren kann oder will und Staatsbetriebe in ihrem Handeln gegenüber ArbeiterInnen und AnrainerInnen auf ähnliche Praktiken wie transnationale Unternehmen zurückgreifen. In Umweltfragen werden teilweise Rückschritte gemacht und ökologische Folgen sowie die Warnungen von UmweltaktivistInnen, Indigenen und Bäuerinnen/Bauern nicht ernst genommen. So wie der

herkömmliche Extraktivismus verspricht auch der Neue Extraktivismus Fortschritt, Arbeit und Wohlstand und fördert von lokalen Gemeinden, die Last der negativen Auswirkungen zu tragen. Der Extraktivismus wird als notwendig für die Überwindung von Armut und als wichtiger Motor für das Wirtschaftswachstum betrachtet, die aktuell hohen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt als eine Chance, die es zu nutzen gilt. Die betroffenen Gemeinden profitieren im Ausgleich dazu von Kompensationsmaßnahmen und staatlichen Sozialprogrammen. Die Tatsache, dass oft tatsächlich substantielle Verbesserungen im Vergleich zu den vorangegangenen Regierungen zu verzeichnen sind, schwächt lokale Forderungen in den Bereichen Umwelt oder indigene Autonomie. Gleichzeitig werden strukturverändernde Maßnahmen wie Agrarreformen – etwa in Brasilien unter Präsident Lula da Silva – aufgegeben (Gudynas 2012a).

Diese Politik bewirkte einen Anstieg der Investitionen für Bergbauprojekte in Lateinamerika (Lambert 2012: 15). Ansätze zur Entwicklung eines „Post-Extraktivismus“, von „Alternativen zu Entwicklung“ oder alternativer Vorstellung eines „guten Lebens“ (Gudynas 2012b: 144-145) sind derzeit nur schwach ausgeprägt und werden vor allem auf rhetorischer Ebene vertreten. In der Praxis stoßen solche Initiativen sowohl in Lateinamerika als auch im Ausland auf Widerstand und Hindernisse (Acosta 2012; Lang 2012; Paz 2012).

Die Geschichte des Extraktivismus in Guatemala

Das Eindringen transnationaler Unternehmen zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Kooperation mit nationalen Oligarchien sind in Guatemala ebenso wenig neue Phänomene wie die Proteste gegen solche Großprojekte. Bereits ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts erlaubten spezifische Gesetze US-amerikanischen und anderen transnationalen Unternehmen in Guatemala Erdöl und andere Bodenschätze zu fördern. Diese Politik wurde durch die Oktoberrevolution 1944 und die darauf folgenden 10 Jahre demokratisch gewählter Regierungen unterbrochen: Diese regelten, dass die Bodenschätze des Landes „nur durch den Staat, von Guatemalteken und durch guatemaltekenische Unternehmen“ (Solano 2005: 15) abgebaut werden konnten. In der Folge wurden Unternehmen per Gesetz zu höheren Abgaben an den Staat, zu Mindestfördermengen und zur lokalen Weiterverarbeitung der Rohstoffe verpflichtet. Daraufhin zogen sich US-amerikanische Erdölunternehmen aus Guatemala zurück, intensivierten aber ihre Allianzen mit den entmachteten, oligarchischen Familien des Landes (Solano 2005: 18). Die Regierung stärkte die Rechte der ArbeitnehmerInnen, führte eine

Gesundheits- und Sozialversicherung ein und begann eine Agrarreform. Nach dem CIA-unterstützten Sturz der Regierung im Jahr 1954 kehrten die US-amerikanischen Unternehmen mit Unterstützung lokaler, oligarchischer Familien nach Guatemala zurück (Solano 2011: 21f). Sie entwarfen die Vorlage für eine neue Gesetzgebung zur Erdölgewinnung, die 1955 in Kraft trat und ausländischen Unternehmen weitreichende Rechte einräumte (García 2010: 23). Proteste der Bevölkerung folgten; insbesondere die Studierendenbewegung wies darauf hin, dass das Land mit diesem Gesetzestext auf seine Souveränität verzichte.

In ähnlicher Weise entwickelte sich der Bergbau: Luis Solano verweist hier beispielhaft auf die *Hoover-Gruppe*, deren Unternehmen seit den 1940er Jahren Minen in den Provinzen Alta Verpaz und Huehuetenango ausbeutete. Allan Hoover, Leiter der Gruppe und Sohn des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover, zählte zu den ideologischen Unterstützern von Ronald Reagan und wurde zum Direktor eines US-amerikanischen Subunternehmens der belgischen *Petrofina S.A.* ernannt. Die Erdölgewinnung sowie der Betrieb von Minen lagen teilweise in der gleichen – ausländischen – Hand (Solano 2005: 29-42).

In den 1960er Jahren machte der Staat dem Unternehmen *Exploraciones y Explotaciones Mineras de Izabal* (EXMIBAL), gegründet durch das kanadische Unternehmen *Hanna Mining* und das US-amerikanisch-kanadische Unternehmen *International Nickel*, weitreichende Zugeständnisse, die von guatemaltekischen WissenschaftlerInnen kritisiert wurden und zu Studierendenprotesten führten. Lehrende der staatlichen *Universidad de San Carlos* (USAC) untersuchten die engen Verflechtungen zwischen staatlichen Funktionären und Minenunternehmen. Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften veröffentlichte 1970 die Pläne der Regierung, EXIMBAL weitere Konzessionen zu gewähren. Nach einem Regierungswechsel und zahlreichen Protesten der Studierenden berief die USAC eine Ad-hoc-Kommission der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften ein, die unter anderem auf mangelnde Entschädigungszahlungen für durch den Minenbetrieb verursachte Umweltschäden hinwies. Der Vorsitzende der Kommission wurde im November 1970 ermordet, zwei weitere Kommissionsmitglieder wurden Opfer eines Attentats, einer konnte überleben – Alfonso Bauer Paiz, bis zu seinem Tod 2011 aktiver Gegner von Minen- und Erdölunternehmen (CEH 1999a: 99-104; Kobrak 1999; Solano 2005: 36f). Zeitgleich beeinträchtigen auch Kampfhandlungen der Guerilla nahe den Minen in Izabal die Tätigkeit des Unternehmens. Dieses wiederum setzte bewaffnetes Personal gegen die Zivilbevölkerung ein und war an der Ermordung von Anwälten beteiligt. EXMIBAL verließ 1984 nach gescheiterten Verhandlungen mit der Regierung das Land, kehrte

aber 1994 zurück, diesmal mit Plänen für den Bau von Staudämmen. Die Regierung stärkte 1996 die Rechte des Unternehmens und reformierte 1997 die Gesetzgebung zugunsten von Minenbetreibern (Solano 2005: 35-38).

Vor allem die Arbeitsbedingungen in den Minen lösten in Guatemala immer wieder Proteste aus; hier erlangten die *Minas de Ixtahuacán* besondere Bekanntheit. Die Konzessionen für ihre Minen wurden von 1958 bis 1960 erteilt, die Minen selbst ein Jahrzehnt später in Betrieb genommen. 1973 protestierten AnrainerInnen in Ixtahuacán, angeführt von ihrem Bürgermeister, gegen das Unternehmen, dessen Arbeitsumstände im Bericht der historischen Wahrheitskommission CEH (*Comisión para el Esclarecimiento Histórico*) als „menschenunwürdig“ beschrieben wurden: Für 80 Centavos – dies entsprach damals 80 US-Cent – am Tag riskierten die Arbeiter ihr Leben und ihre Gesundheit unter extremen Arbeitsbedingungen. In der Folge wurden der Bürgermeister und weitere 16 Demonstrierende von der Polizei inhaftiert. Das Unternehmen ging mit Repressalien gegen Versuche der Minenarbeiter vor, eine Gewerkschaft zu gründen, und reagierte mit Massenkündigungen. Dennoch gelang letztendlich die Gründung des *Sindicato Minas de Ixtahuacán Huehuetenango*. Diese Gewerkschaft reagierte auf die Repression und die schwierigen Arbeitsverhältnisse mit einem Protestzug in Richtung Hauptstadt. Den 80 Männern und Frauen, die im November 1977 den 300 km langen Weg zu Fuß antraten, schlossen sich auf dem Weg tausende Menschen an; der Marsch wurde zur größten Mobilisierung des Jahrzehnts in Guatemala (Solano 2005: 40-42; CEH 1999b: 325-328). In den folgenden Jahren wurden zentrale Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung ermordet oder gingen ins Exil. Das Unternehmen stellte seine Tätigkeit vorübergehend ein, nahm sie aber 1985 wieder auf. Auch in Ixtahuacán kommt es aktuell zu Beschwerden über Umweltschäden und negative gesundheitliche Folgen für die AnrainerInnen (Solano 2005: 42).

Während des Krieges zogen sich transnationale Minen- und Erdölunternehmen aus Guatemala zurück, da die Kriegshandlungen und die Angriffe durch die Guerilla auf die Infrastruktur von Extraktionsprojekten sowie die Entführung und Ermordung von Großindustriellen zu große Risiken darstellten. Ebenso wie während der demokratischen Phase von 1945 bis 1955 blieben aber die Beziehungen zu Familien der Wirtschaftsoligarchie bestehen und konnten teilweise sogar weiter ausgebaut werden.

Der Extraktivismus seit Ende des Bürgerkriegs 1996

Im Gegensatz zu El Salvador und Nicaragua konnte die Guerilla in Guatemala keine nennenswerten Erfolge erzielen. Zahlreiche Analysen

argumentieren, dass dem *Comité Coordinador de Asociaciones Agrícolas, Comerciales, Industriales y Financieras* (CACIF) gemeinsam mit moderaten Kreisen des Militärs eine entscheidende Rolle für die Beendigung des Bürgerkriegs zukam (Brett 2006: 53). Wirtschaftliche Interessen wie die Öffnung des Landes für transnationale Unternehmen waren ein zentraler Aspekt der Friedensverhandlungen. Zeitgleich mit dem Waffenstillstand schuf die Regierung die legalen Voraussetzungen für die Errichtung von „freien Produktionszonen“ bzw. *maquilas* und vergab Explorations- und Förderlizenzen an transnationale Erdöl- und Minenunternehmen in mehrheitlich indigen bewohnten Gebieten, ohne die BewohnerInnen darüber zu informieren. 1997 – also *nach* Unterzeichnung der Konvention 169 der *International Labour Organisation* (ILO) über die Rechte indigener und tribaler Völker – verabschiedete die Regierung – teilweise auf Druck von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank – ein neues Minengesetz, welches für internationale Minenunternehmen vorteilhafte Rahmenbedingungen schuf. Dieses Gesetz ermöglichte die Gründung von nationalen Subunternehmen, die sich zu 100 % im Besitz ausländischer Unternehmen befanden, und setzte Steuern und andere Abgaben auf 1 % der Bruttogewinne herab (Van de Sandt 2009: 11).

Das tatsächliche Ausmaß der Extraktionspolitik seit Ende des Bürgerkriegs ist nur schwer abschätzbar, da entsprechende Daten kaum zugänglich sind. So gingen manche Quellen bereits 2005 davon aus, dass Schürfrechte für 10 % des nationalen Territoriums an transnationale Unternehmen vergeben wurden und sich 90 % dieser Lizenzen in indigen bewohnten Gebieten befanden (Van de Sandt 2009: 6). Das guatemalteckische Ministerium für Energie und Minen (MEM) veröffentlichte bis ins Jahr 2008 Listen mit erteilten und beantragten Genehmigungen auf seiner Homepage¹, entfernte diese dann aber. 2013 stellte die neue Regierung erneut Listen und eine Karte zur Verfügung². Mehrere 2008 bereits vergebene Lizenzen tauchen auf der Karte 2013 nicht mehr auf, dafür sind mehrere damals beantragte Konzessionen für Schürfrechte nun bereits erteilt. Dies entspricht auch Medienberichten, wonach das Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen (MARN) immer wieder Lizenzen zurückzieht. Genehmigungen für die Exploration wurden laut der aktualisierten Karte von 2013 vor allem in indigenen Gebieten vergeben, und zwar in San Marcos, Totonicapán, teilweise in Huehuetenango, in Alta und Baja Verapaz und rund um den Izabal-See. Vier transnationale Unternehmen dominieren aktuell den Bergbau in

1 <http://www.mem.gob.gt/>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.

2 <http://www.mem.gob.gt/viceministerio-de-mineria-e-hidrocarburos-2/direccion-general-de-mineria/catastro-minero/>, letzter Aufruf: 5. 10. 2013.

Guatemala: *Goldcorp* mit Sitz in Vancouver, *Nichromet Extractions* mit Sitz in Montreal, *HudBay Minerals* mit Sitz in Toronto und *BHP/Billiton* mit Sitz in Melbourne, sie haben lokale Subunternehmen mit unterschiedlichen Namen gegründet und verfügten über Konzessionen in den Provinzen San Marcos, Huehuetenango, Alta Verapaz und Izabal (Van de Sandt 2009: 7).

In Bezug auf die Erdölgewinnung gibt die Regierung 2013 nur bekannt, in welchen Gebieten bereits Erdöl gewonnen wird, erteilt aber keine Information über weitere bereits vergebene Konzessionen³. Auch hier ist die Darstellung von Solano auf der Basis von Daten des MEM 2005 umfangreicher als die Angaben der Regierung (Solano 2005: Karte IV.4.).

Eine weitere Bedrohung für die Landnutzungsrechte der lokalen Bevölkerung bzw. ein Grund für Vertreibungen ist der Anbau von Pflanzen für die Agrarkraftstoffproduktion. Basierend auf Daten des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung von 2008 berechneten Alonso Fradejas, Fernando Alonzo und Jochen Dürr (2008: 121), dass Guatemala über 20.317,81 km² Fläche verfügt, die für den Anbau von Mais, Ölpalme, Zuckerrohr und *Jatropha* geeignet sind. Der Anbau für die Herstellung von Agrarkraftstoffen steht somit in Guatemala in direkter Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Dies ist für die Nahrungssicherheit des Landes umso bedrohlicher, als sich auf Grund der ungerechten Bodenverteilung Guatemalas beinahe 40 % der für den Maisanbau nutzbaren Fläche im Besitz von ViehzüchterInnen befindet oder brach liegt (Alonso Fradejas u.a. 2008: 120-121).

Allen Extraktionsbereichen ist gemeinsam, dass die guatemaltekkische Oligarchie die Entwicklung durchsetzungskräftiger staatlicher Kontrollmechanismen behindert und die Kooperation mit transnationalen Unternehmen für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes anstrebt. Minenprojekte stellen dabei bloß eine von zahlreichen Bedrohungen der Lebensgrundlage kleinbäuerlicher und zumeist indigener Gemeinden dar. Vor diesem Hintergrund bezeichnen Protestaufrufe und Publikationen von Nichtregierungsorganisationen im Widerstand die Gesamtheit dieser Extraktionsprojekte als einen geplanten vierten Genozid an der indigenen Bevölkerung. In dieser lokalen und aktivistischen Geschichtsschreibung wird eine Kontinuität gesehen, die vom Völkermord bei der Eroberung Guatemalas über die Landenteignungen und Errichtung von Zwangsarbeitsregimen im späten 19. Jahrhundert über den Genozid während des Bürgerkriegs bis in die Gegenwart reicht.

Wie auch in anderen Staaten Lateinamerikas wenden sich gegenwärtig ländliche Bewegungen in Guatemala in besonderem Ausmaß gegen auf

3 <http://www.mem.gob.gt/viceministerio-de-mineria-e-hidrocarburos-2/area-petroleo/exploracion-y-explotacion/>, letzter Aufruf: 5. 10. 2013.

Extraktion bauende Entwicklungsmodelle (Deere & Royce 2009: 1). Die Erfahrungen des Krieges und der Verfolgung prägen dabei die Interpretationen der aktuellen Ereignisse.

Proteste gegen Minenprojekte

Sowohl die Errichtung der Mine Marlin als auch Gerüchte über andere mögliche Minenprojekte haben in Guatemala wiederholt zu Protesten und anderen Formen des Widerstands geführt. Diese umfassen Foren und Kongresse, die eigenständige Erhebung von Messdaten umweltrelevanter Schadstoffe, die Dokumentation von Übergriffen und Gewalthandlungen durch Projektbetreiber oder Sicherheitskräfte mittels Videoaufnahmen – u.a. per Handy – sowie die elektronische Verbreitung dieser Beweismittel über Emails, YouTube und Facebook (Weisbart 2012). AktivistInnen prozessieren auf nationaler und internationaler Ebene gegen Minenprojekte und machen sich dabei sowohl internationale Gesetzgebung als auch transnationale Solidaritätsnetzwerke zunutze. Kennzeichnend für die Proteste ist das tiefe Misstrauen der AktivistInnen gegenüber dem Staat bzw. den wechselnden Regierungen und – in der Regel männlichen – Beamten, die keine, falsche oder unvollständige Informationen über geplante Projekte erteilen und Einladungen zum Informationsaustausch nicht nachkommen. Ausgehend von der Mine Marlin analysiere ich im Folgenden die Auswirkungen des Projekts und der Lizenzvergaben in den davon betroffenen Gemeinden Sololá, Sipacapa und San Miguel Ixtahuacán sowie der Widerstand dagegen.

Die Mine Marlin

Die Grundlagen für das Bestehen der seit 2005 von *Montana Exploradora* betriebene Mine Marlin wurden in den 1990er Jahre gelegt: Kurz nach Inkrafttreten des neuen Minengesetzes gründete 1998 das kanadische Unternehmen *Montana Gold*⁴ in Guatemala das vollständig in seinem Besitz befindliche Subunternehmen *Montana Exploradora*. Dieses erhielt im Folgejahr von der guatemalteckischen Regierung eine Konzession zur Erkundung von Metallen im „Gebiet Marlin“, welches sich in der Provinz San Marcos über die Municipien San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa erstreckt. Im November 2003 erfolgte die Erteilung von Schürfrechten über ein Gebiet von 20 km² (Marlin I), im Januar 2004 eine weitere Konzession zur Exploration

4 *Montana Gold* fusionierte im Jahr 2000 mit *Francisco Gold*, welches wiederum 2002 Besitz von *Glamis Gold* wurde (Van de Sandt 2009: 13). Seit 2006 befindet sich Glamis Gold im Besitz des kanadischen Unternehmens *Goldcorp*.

(Marlin II) (Van de Sandt 2009: 11, 19). Die Bevölkerung wurde über das Projekt weder informiert noch konsultiert. AnrainerInnen aus San Miguel Ixtahuacán berichten, dass zwischen 1999 und 2004 in ihrer Gemeinde Land aufgekauft und betrügerisch entwendet wurde (García 2010: 29). Sowohl Sipacapa als auch San Miguel Ixtahuacán besaßen kommunale Landtitel, diese waren aber nur in Sipacapa korrekt registriert. Die BewohnerInnen verfüg(t)en also über Landnutzungsrechte, nicht aber über Besitzrechte. Diese kollektiven Rechte wurden von Montana Exploradora in San Miguel Ixtahuacán mit Hilfe lokaler Behörden umgangen: Das Unternehmen erwarb das Land einzelner Familien über die zwischengeschaltete Firma *Peridot*, versprach den Verkäufern Beschäftigung und schloss indigene Autoritäten von den Entscheidungen zum Landverkauf aus. Mit dieser Strategie erwarb das Unternehmen in fünf Jahren 439 Parzellen von 294 BewohnerInnen, insgesamt 8,25 km². Wo Bestechung und Versprechen nicht wirkten, drohte das Unternehmen mit Gewalt. Ab 2003 informierte Montana Exploradora in Sipacapa kleine Bevölkerungsgruppen in geschlossenen Treffen selektiv über die (angeblichen) Vorteile von Minenprojekten. Im Mai 2004 begannen der Aufbau der Mine Marlin, im Dezember 2005 die Schürfarbeiten. Während der Aufbauphase beschäftigte die Mine 870 lokale Arbeiter, nur 160 Arbeiter wurden auch darüber hinaus beschäftigt. Die Weltbank unterstützte das Projekt Marlin mit 45 Mio. US\$ (Van de Sandt 2009). Der steigende Goldpreis in den folgenden Jahren führte zu unerwarteten Gewinnen für das Unternehmen. Montana Exploradora investierte daraufhin auch in mehrere kleine Gemeindeprojekte.

Spätestens ab November 2004 erfolgte in Sipacapa und San Miguel Ixtahuacán organisierter und sichtbarer Widerstand gegen das Minenprojekt. So versammelten sich VertreterInnen beider indigener Gemeinden am 6. November 2004 in Sipacapa und verliehen ihrem Protest gegen das Minenprojekt in einem gemeinsamen Kommuniqué Ausdruck. Sie wiesen darauf hin, dass die Regierung sie in rechtswidriger Weise nicht über das Projekt informiert habe; anderenfalls hätten sie nie ihre Zustimmung erteilt. Sie forderten die Regierung auf, die erteilte Lizenz zurückzunehmen, da sie sonst von ihrem Recht auf friedlichen Protest Gebrauch machen würden (Comunidades 2004). Das Dokument wurde von den indigenen Autoritäten der Region unterzeichnet.

Aktuell ist die Mine Marlin ausschließlich im Munizip San Miguel Ixtahuacán tätig. In ihr wird im Tagebau vor allem gold- und silberhaltiges Gestein gesprengt und zerkleinert. Danach werden die Edelmetalle unter Einsatz von Zyaniden, Arsen, Kadmium und anderen giftigen Chemikalien aus dem Gestein gelöst (Zarsky & Stanley 2011: 30-33) und mit 250.000 Liter

Wasserverbrauch pro Stunde reingewaschen (COPAE 2008: 6). AktivistInnen veröffentlichten im Internet Videoaufnahmen, in denen BewohnerInnen umliegender Gemeinden über die Vergiftung ihrer Tiere durch die Chemikalien, die teilweise Zerstörung ihrer Häuser infolge der Erschütterungen durch die Großmaschinen und über unterschiedliche Erkrankungen bis hin zu Missbildungen bei Neugeborenen aufgrund der eingesetzten Gifte klagten. Die Pastoralkommission *Friede und Ökologie* der Diözese San Marcos führt jährlich Messungen der Wasserqualität der Flussläufe oberhalb und unterhalb der Mine durch und stellt dabei fest, dass das vorher reine Wasser flussabwärts der Mine Giftstoffe in bedenklichem Ausmaß enthält (COPAE 2008; 2010; 2011). So ist insbesondere Arsen in großen Dosen in Wasser und Gestein nachweisbar (Universidad Noruega de Ciencias de la Vida & COPAE 2011).

Zusätzlich zur Verschlechterung der Wasserqualität leidet die Region aber auch unter der Verknappung des Grundwassers, die sich u.a. im Austrocknen von Brunnen und größerer Trockenheit des Bodens zeigt. Der Wassermangel führt zu höheren Wasserpreisen und zu vermehrten sozialen Spannungen in den Gemeinden (Van de Sandt 2009: 34f). Problematisch sind aber auch die Aussichten auf die Zeit nach der Schließung der Mine: Das Unternehmen hat keinen Plan für den Abbau seiner Anlage und für die Wiederherstellung der Umwelt vorgelegt. Diese Kosten werden auf 49 Mio. US\$ geschätzt (Rojas 2012). Dem Gebiet droht darüber hinaus eine weitere Verseuchung durch leck werdende Behälter und zurückgelassene Giftstoffe, ohne dass das Unternehmen vertraglich zu Entschädigungszahlungen verpflichtet wäre. Auch für den Fall von Umweltkatastrophen wie Erdbeben oder Hurrikans sind keine Maßnahmen vorgesehen (Zarsky & Stanley 2011: 38-41).

Sololá

Das Munizip Sololá zeichnet sich durch ein ausgeprägtes indigenes Regierungssystem aus. Das heißt, die Provinz wird sowohl von Autoritäten nach staatlichem Recht als auch von Autoritäten nach indigenem Recht vertreten und regiert. Letztere handeln auf der Basis indigenen Gewohnheitsrechts. Sie erfuhren im Februar 2004 von Plänen für ein Minenprojekt auf ihrem Territorium und forderten im April offizielle Informationen vom MEM und von Kongressmitgliedern aus Sololá. Sie erhielten Angaben zu drei Lizenzen⁵.

5 Lizenz „Palestina“ an das Unternehmen *Productos Mineros de Guatemala S.A.* zur Exploration von Mineralien in den Munizipien Santa Catarina Ixtahuacán, Santa Clara la Laguna, San Juan La Laguna und Chicacao vom 26. 6. 2002 bis zum 25. 6. 2005; Lizenz „El Toro“ an *Francisco Javier Xep Chiroy* für den Abbau von Kies und Schwemmsand in Panajachel vom

Nach umfangreichen Beratungen und Versammlungen wurde aktenkundig vermerkt, dass die Bevölkerung gegen die Exploration und Errichtung von Minen sei. Am 9. Juni 2004 organisierten lokale Entwicklungsräte (*Consejo Comunitario de Desarrollo* – COCODES)⁶, indigene Autoritäten und AktivistInnen an der wichtigen Kreuzung *Los Encuentros* der *Interamericana* eine Demonstration gegen die auf Megaprojekten beruhende Wirtschaftspolitik der Regierung, forderten den Dialog mit der Regierung und gründeten den aus 13 Gemeinden bestehenden Rat „13 A’qabal“ (Yagenova 2007: 48). Mehrere Regierungsinstanzen verweigerten Informationen über geplante Projekte und den Dialog. Am 18. November 2004 erreichten indigene Autoritäten aus Sololá ein Gespräch mit einer der für Infrastrukturprojekte zuständigen Kommission im Nationalkongress. Am gleichen Tag wurde die Bevölkerung von Los Encuentros auf einen riesigen Stahlzylinder aufmerksam, welcher zu groß war, um problemlos über die Kreuzung transportiert werden zu können. Dafür sollte ein Fußgängerübergang über die *Interamericana* abgebaut werden (Yagenova 2007: 49). Gerüchte verbreiteten sich, der Zylinder sei für ein neues, noch unbekanntes Minenprojekt bestimmt (Van de Sandt 2009: 14). Daraufhin blockierten die AnrainerInnen den Transport. Später stellte sich heraus, dass der Zylinder dem Minenbetreiber Montana Exploradora gehörte und nach San Marcos gebracht werden sollte. Die VertreterInnen der Gemeinden forderten erneut Information von der Regierung und übermittelten dem Staatspräsidenten tausende Unterschriften von AnrainerInnen gegen Minenprojekte. Der Präsident leugnete in einer Pressekonferenz die Existenz von Lizenzen für Minenunternehmen in Sololá, worauf die indigenen Autoritäten und AnrainerInnen die Blockade der wichtigen Verkehrsverbindung fortsetzten. Der Bürgermeister von Sololá gab an, nicht zu wissen, ob der Zylinder wirklich für die Mine Marlin vorgesehen war. Am 2. Dezember 2004 veranstalteten mehrere Organisationen, unter ihnen das *Colectivo Madre Selva*, die *Asociación de Amigos del Lago*, die *Plataforma Agraria* sowie Organisationen aus den Gemeinden San Miguel Ixtahuacán, Sipacapa und Sololá ein Alternatives Forum des Widerstands gegen den Bergbau. Es beschloss, die Kreuzung weiterhin besetzt zu halten. Die VertreterInnen der Dörfer setzten durch, dass die Bürgermeisterin nach indigenem Recht, Dominga Vásquez, zukünftige Verhandlungen leiten sollte. Der Bürgermeister nach staatlichem Recht wurde mündlich und schriftlich

30. 12. 1999 bis zum 29. 12. 2024; Lizenz „Elizabeth“ an das Unternehmen *Geominas S.A.* für die Exploration von Gold, Silber, Quecksilber und Zink in Totonicapán und Sololá vom 3. 9. 2002 bis zum 2. 9. 2005. Letztere wurde am 1. 9. 2004 annulliert (Yagenova 2007: 48).

6 *Consejo Comunitario de Desarrollo*, eine gesetzlich verankerte Instanz auf Gemeindeebene, die befugt ist, auf demokratischer Basis Prioritäten in der Entwicklung und Infrastruktur zu setzen.

aufgefordert, sich gegen den Bergbau einzusetzen. Staatliche Autoritäten warnten die Protestierenden, der Zylinder werde in der ersten Januarwoche 2005 transportiert, wenn nötig auch mit Gewalt. Am 27. Dezember 2004 beschlossen die indigenen Autoritäten eine Befragung der Gemeinden von Los Encuentros über das weitere Vorgehen. Sie gaben am 30. Dezember den einstimmigen Beschluss der Gemeinden bekannt: Die Regierung müsse die bereits vergebenen Lizenzen in Sololá bekannt machen und aussetzen. Am 5. Januar 2005 verabschiedeten indigene Autoritäten, der „Rat 13 A'qabal“, lokale COCODES, lokale NGOs und AnführerInnen aus 60 Gemeinden aus Sololá, El Quiché und Totonicapán ein gemeinsames Dokument, in dem sie Informationen über vergebene Lizenzen als Bedingung forderten, um den Transport des Zylinders zuzulassen (Yagenova 2007: 50). Spät in der Nacht zum 7. Januar 2005 versuchten Arbeiter unter Polizeischutz, den Fußgängerübergang abzubauen. Innerhalb kurzer Zeit versammelten sich ungefähr 500 Personen an der nahen Kreuzung La Cuchilla und eine ähnlich große Anzahl in Los Encuentros; gemeinsam verhinderten sie unter Führung indigener Autoritäten den Abbau des Fußgängerübergangs. Doch am folgenden Tag übernahmen Polizei und Militär unter Einsatz von Tränengas und Schusswaffen die Kontrolle über den betreffenden, sieben Kilometer langen Streckenabschnitt der Interamericana. BeobachterInnen sprechen vom Einsatz von 1.500 (Van de Sandt 2009: 15). bis 2.050 Polizisten und über 300 Soldaten (Yagenova 2007: 51). Eine Person wurde getötet, zwei wurden durch Schüsse und 14 weitere durch Schläge verletzt. Der Fußgängerübergang wurde abgebaut und der Zylinder weitertransportiert. Am 11. Januar 2005 forderten zahlreiche Bauernorganisationen erneut den Dialog und die Einhaltung der Friedensverträge. Das Innenministerium erklärt die Proteste als „klare Beweise für Aufruhr und Terrorismus“ (ebd.). Präsident Berger verteidigte später den Einsatz von Truppen mit dem Argument, die Regierung müsse die Investoren schützen (Van de Sandt 2009: 15).

Sipacapa

Die Errichtung der Mine Marlin und die Folgeschäden – Entwaldung, Staubbelästigung durch Gesteinstransporte vorbei an den Dörfern, Explosionen u.a. – alarmierten die Bevölkerung im benachbarten Sipacapa. Diese Gemeinde, auf deren Territorium Montana Exploradora über Schürfrechte verfügt, unternahm deshalb zahlreiche Schritte gegen das Unternehmen. Dieses wiederum beschäftigte einige Personen aus Sipacapa, die vorübergehend zu Befürwortern des Projekts wurden. KritikerInnen des Projekts erhielten mehrmals anonyme Todesdrohungen. Evangelikale Prediger

sprachen sich für das Minenprojekt aus (Van de Sandt 2009: 40). Da die Bevölkerung von Sipacapa nicht, wie in der ILO-Konvention 169 vorgesehen, über das Projekt informiert und befragt worden war, forderten im Februar 2004 an die 1.000 DemonstrantInnen von den lokalen staatlichen Autoritäten die Durchführung einer Volksbefragung. Der Bürgermeister lehnte dies zunächst ab. Doch der Druck hielt an, und die Proteste in Los Encuentros gegen den Transport des riesigen Metallzylinders beeinflussten die Stimmung gegen Minenprojekte. Das Militär hatte die Beteiligung von BewohnerInnen aus Sipacapa an der Straßenblockade in Los Encuentros durch Straßensperren unmöglich gemacht, worauf diese ein Fahrzeug des Unternehmens in Brand setzten (Van de Sandt 2009: 40-43). Am 19. Januar 2005 beschlossen die indigenen lokalen Autoritäten sowie die COCODES die Durchführung einer Volksbefragung nach den Richtlinien des *Código Municipal* (García 2010: 38). So sah sich der Bürgermeister letztendlich gezwungen, die Befragung am 18. Juni 2005 in jedem der 13 Dörfer Sipacapas durchzuführen. 45 % der Bevölkerung nahmen teil: 98 % sprachen sich gegen Minenprojekte auf ihrem Territorium aus (Van de Sandt 2009: 16). Der Bürgermeister forderte Polizeiunterstützung aus San Marcos an und bestätigte das Ergebnis der Befragung nur unter Druck. Indigene VertreterInnen der Gemeinde teilten das Ergebnis der Ombudsstelle für Menschenrechte, dem MEM und dem guatemalteckischen Kongress in der Hauptstadt mit. Doch während der Verfassungsgerichtshof die Gültigkeit des Ergebnisses noch 2006 bestätigte, zog er diese Entscheidung im Mai 2007 zurück und entschied nun, dass Ergebnisse solcher Befragungen rechtmäßig, aber für die Regierung nicht bindend seien (Van de Sandt 2009: 16, 45). Die ILO fordert, diesen Rechtsspruch, der im Widerspruch zu ihrer Konvention 196 steht, zu revidieren (ILO 2012: 947-950; 2013: 831-834). Zusätzlich zum lokalen COCODE, welches im Fall von Sipacapa wesentlich zur Mobilisierung der Bevölkerung beitrug, gründeten AnrainerInnen das parteiunabhängige Komitee „Rex Uleu“, welches im September 2007 die Wahlen auf Ebene des Munizips knapp gewann. Die neue Organisation entwarf einen alternativen Entwicklungsplan, der unter anderem den Ausbau von Projekten fair gehandelten Kaffees, der Professionalisierung der Landwirtschaft und der Verbesserung bilingualer Bildung vorsieht. Die Finanzierung des Plans ist aber ungewiss (Van de Sandt 2009: 22, 50). Die Gemeinden Sipacapas wandten sich auch an die Interamerikanische Menschenrechtskommission und bestanden dabei auf ihrem Recht, über Projekte im Voraus informiert und konsultiert zu werden. Sie beschuldigten den guatemalteckischen Staat, durch die Vergabe von Schürfrechten die Territorien indigener Völker nicht, wie rechtlich vorgesehen, zu schützen und beschuldigten ihn der

„industriellen Kontaminierung“ (ebd.: 52f). Im Jahr 2010 forderte die Inter-amerikanische Menschenrechtskommission den guatemalteckischen Staat auf, die Minenarbeiten des Projekts Marlin I und weitere Aktivitäten von Montana Exploradora einzustellen. Guatemala müsse Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung treffen und die Wasserquellen der Gemeinden schützen (CIDH 2010). Diese Empfehlungen wurden von der guatemalteckischen Regierung bisher nicht umgesetzt.

San Miguel Ixtahuacán

Die Mine Marlin wird seit 2005 und ausschließlich im Munizip San Miguel Ixtahuacán betrieben. AktivistInnen und ForscherInnen verweisen wiederholt auf eine zunehmende Polarisierung vor Ort zwischen jenen wenigen BewohnerInnen, die Arbeit im Minenprojekt erhalten haben und es befürworten, und den zahlreichen GegnerInnen des Projekts, die vorrangig die negativen Auswirkungen sehen und darauf hinweisen, dass das Minenprojekt zu vermehrtem Alkoholismus und gestiegener Prostitution geführt habe. Auch das Tragen von Waffen habe zugenommen (Van de Sandt 2009: 38). Als im April 2006 vor Ort eine gegen das Minenunternehmen kritische, anonym veröffentlichte Zeitschrift auch lokale Autoritäten der Korruption beschuldigte, distanzierten sich lokale KritikerInnen des Projekts aus Angst vor Repressionen durch das Unternehmen von ihr, und die lokale Regierung verhängte eine Ausgangssperre. Doch bereits Mitte 2006 änderte sich die Situation: Nun sprachen sich auch zahlreiche ehemalige BefürworterInnen gegen das Projekt aus, dessen negative Auswirkungen spürbar wurden. Die Arbeitsbedingungen in der Mine waren schlecht, und Enttäuschung über die Landverkäufe machte sich breit. Eine Liste mit Beschwerden sowie Verhandlungsbemühungen der Betroffenen wurden von Montana Exploradora nicht ernst genommen. Als Reaktion gründeten rund 600 Gemeindemitglieder die Organisation „Widerstandsgemeinden“. Es gelang ihnen trotz hoher Polizeipräsenz, die Arbeit der Mine Marlin im Januar 2007 für zehn Tage zu blockieren. In den Folgemonaten wurden wichtige Persönlichkeiten der Bewegung ohne Anklage inhaftiert und nach ihrer Entlassung unter Hausarrest gestellt. Montana Exploradora ging auch gegen AnrainerInnen in der Region rechtlich vor. Der Konflikt in San Miguel Ixtahuacán machte die Spaltung zwischen der politisch nicht vertretenen indigenen Mehrheit der Bevölkerung und jenen staatlichen lokalen Autoritäten sichtbar, die auf Seiten von Montana Exploradora standen. Diese Diskrepanz führte zur Wiederbelebung der Institution des *alcalde indígena*, einer indigenen Autorität, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgegeben worden

war. Diese Institution ist auf der Basis des Gewohnheitsrechts, insbesondere in den Bereichen Land- und Ressourcenmanagement, aktiv (ebd.: 55f). Im gleichen Jahr berichtete das Aktionskomitee *Comunidades en Resistencia* von der Austrocknung mehrerer Brunnen in umliegenden Dörfern; damit sei eine eigenständige lokale Wasserversorgung für Dutzende Familien zusammengebrochen (Van de Sandt 2009: 35).

Formen und Strategien des Widerstands

Nichtregierungsorganisationen und Gemeinden haben verschiedene Formen und Strategien des Widerstands gegen Minenprojekte entwickelt. Dazu zählen neben Straßenblockaden und Demonstrationen Foren und Kongresse sowie andere Formen nationaler und internationaler Vernetzung. So organisierten indigene Organisationen im November 2004 in Tecpán, Chimaltenango, einen Nationalen Maya-Kongress und verwiesen in ihrem Abschlussdokument auf über 100 Lizenzen in 106 Municipien des Landes. Sie identifizierten die kanadischen Unternehmen *Inco Ltd.*, *Jaguar Nicke Inc.* und *Radios Exploration Inc.* sowie die US-amerikanischen Unternehmen *Glamis Gold Ltd.* und *ITH Chemicals LLC* als die fünf größten im Land tätigen Minenunternehmen, wobei Inco Ltd. über Schürfrechte für mehr als 4.000 km² besaß (Defensoría Q'eqchi' u.a. 2004: 1).

Die guatemaltekeische Regierung wiederum veranstaltete im Dezember 2004 das „Erste Nationale Minenforum“ und lud dazu das MEM, das MARN, das Nationale Programm zur Wettbewerbsfähigkeit PRONACOM, den Zusammenschluss von 23 Umweltorganisationen ASOREMA, die Innung für Minen und Steinbrüche, das Zentrum für Umweltstudien der Universität Del Valle, das Zentrum für Höhere Studien für Energie und Minen der USAC, die Weltbank, das UN-Entwicklungsprogramm UNDP (Rodas Martini 2004) sowie die kanadische Botschaft, die katholische Kirche und das Unternehmen Montana Exploradora ein. Wichtige Sektoren der Zivilgesellschaft und VertreterInnen betroffener Gemeinden, die nicht geladen waren, veranstalteten als Reaktion zeitgleich ein Alternatives Forum des Widerstands gegen Minen. Dieses bot zahlreichen Gemeinden erstmals nähere Informationen über geplante Minenprojekte in ihrem Territorium (Van de Sandt 2009: 14).

Foren und Kongresse dienen auch dem Austausch von Erfahrungen und Strategien. So organisierten Anfang 2008 mam-sprechende VertreterInnen aus Gemeinden von San Marcos und Huehuetenango ein Treffen um unterschiedliche Erfahrungen des Widerstands in eine Bewegung zur Rückgewinnung territorialer Souveränität zusammenzuführen. Ende März präsentierten

sie RegierungsvertreterInnen einen alternativen Entwicklungsplan, der keine Minenprojekte vorsah. Anfang Mai folgte ein Treffen von VertreterInnen aus Huehuetenango, San Marcos, Sololá und Totonicapán, bei dem sich der Rat der Völker des Westens, aktuell auch bekannt als Rat des Maya-Volks des Westens, bildete⁷ (Van de Sandt 2009: 57f). Seither haben sich mehrere Räte sowohl in den Provinzen als auch auf Ebene der Sprachgruppen gebildet. Neu sind hierbei die Eigenbezeichnung „Volk“ und Forderung der Respektierung von „Territorium“ statt bloßer Landrechte, und die teilweise neue Einsetzung indigener „traditioneller“ Autoritäten.

Ein wichtiges Charakteristikum des Widerstands gegen Minen und andere Großprojekte ist die nationale und internationale Vernetzung durch die katholische Kirche, NGOs und Solidaritätsgruppen. Von zentraler Bedeutung ist dafür Bischof Álvaro Leonel Ramazzini Imeri, der der Diözese San Marcos über 20 Jahre lang vorstand und als Gegner des Minenprojekts international bekannt ist. Er wurde im Mai 2012 in die Nachbarprovinz Huehuetenango versetzt. In seiner Diözese entstand 2007 die Pastorale Kommission Friede und Ökologie COPAE (Comisión Pastoral Paz y Ecología), die auf ihrer Website⁸ aktuelle Berichte über die Mine Marlin veröffentlicht. Weitere wichtige Akteure vor Ort sind die Organisation Bewegung der bäuerlichen Arbeiter und der Verein für Maya-Entwicklung Ajchmol. Mit Hilfe der Umweltorganisation Madre Selva werden Wasserproben entnommen und getestet, die Stiftung Rigoberta Menchú Tum (FRMT) und das Zentrum für rechtliche, umwelt- und soziale Aktion CALAS leisten Rechtsbeistand. Die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte PDH äußerte sich bis Ende 2011 unter der Leitung von Sergio Morales kritisch über Minenprojekte und agierte als Vermittlerin in der Region (Van de Sandt 2009: 23). Aus dem Ausland unterstützen unter anderem Mining Watch, die Halifax-Initiative und die Internationalen Friedensbrigaden betroffene Gemeinden. Lokale AktivistInnen und internationale BegleiterInnen nutzen Videos und neue Medien, um Solidaritätsnetzwerke aufrechtzuerhalten.

Kein Ende in Sicht

Bereits 2010 hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission eine vorübergehende Stilllegung der Mine Marlin befohlen. Diese Anordnung wurde vom guatemaltekischen Staat jedoch nicht umgesetzt. Dennoch ist das Ende der Minentätigkeit auf dem Gebiet Marlin I absehbar, da die Edelmetallreserven zu Ende gehen. Inzwischen hat Montana Exploradora

7 <http://consejodepueblosdeoccidente.blogspot.de/>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.

8 <http://www.copaeguatemala.org/>, letzter Aufruf: 5. 10. 2013.

erste Pläne und Kostenvoranschläge für die Schließung der Mine und die Sanierung des Gebietes vorgelegt. Nach Meinung der KritikerInnen werden dabei aber die real entstandenen Schäden nur oberflächlich in Betracht gezogen, den betroffenen Gemeinden bleiben absehbar langfristig schwere Schädigungen durch die Umweltzerstörung und die eingesetzten Gifte. Auch in diesem Fall erfolgten Proteste der lokalen Bevölkerung und von NGOs durch die Eingaben von Dokumenten und Belegen bei Behörden wie dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen.

Die nahende Schließung der Mine erhöht aber auch die Spannungen in jenen Gemeinden, in denen Montana Exploradora bereits über Explorations- und Schürflizenzen verfügt. Ein Beispiel dafür ist das Dorf Canquixaja' in der *maya-k'iche'*-sprachigen Provinz Momostenango. Als die BewohnerInnen von Momostenango im Jahr 2005 erfuhren, dass ihr Bürgermeister Schürfrechte an Montana Exploradora vergeben hatte, entmachteten sie ihn und verliehen ihrem Protest in mehreren Demonstrationen Ausdruck. BewohnerInnen von Canquixaja' entdeckten 2007 fremde Männer in der Gemeinde, die Bäume fällten. Sie alarmierten die anderen DorfbewohnerInnen, und in einer Gruppe von etwa 200 Menschen stellten sie die Eindringlinge zur Rede, die sich als Mitarbeiter eines Elektrizitätswerkes vorstellten. Die DorfbewohnerInnen äußerten sich überzeugt davon, dass die Errichtung von Anlagen zur Stromgewinnung vor allem der geplanten Mine diene. Sie verfassten ein Dokument, das den Eindringlingen jegliche Arbeiten im Gemeindegebiet untersagte, und verwiesen sie des Dorfes. Beide Konfliktparteien sprachen Morddrohungen aus. Im folgenden Jahr wurden die DorfbewohnerInnen bei einer Versammlung im Rathaus darüber informiert, dass sie nach Schließung der Mine Marlin und mit Beginn der Errichtung einer Mine in Momostenango in die tropische Provinz Petén umgesiedelt werden sollten. Die DorfbewohnerInnen manifestierten ihren Widerstand und kündigten an, wenn nötig ihr Territorium mit ihrem Blut zu verteidigen. Seither vertreten einige Gemeindemitglieder die Position, sie hätten ihre Meinung klar kundgetan, und die Mine würde nicht eröffnet werden. Andere verweisen darauf, dass Montana Exploradora über die nötigen rechtlichen Voraussetzungen verfüge und der Start der Mine unaufhaltsam sei. In Canquixajá befürchten BewohnerInnen, dass der Beginn der Tätigkeit des Minenunternehmens erneut Krieg bedeuten würde. Das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung und Außenstehenden gegenüber ist nun gestiegen und erinnert an die Zeit des Bürgerkriegs (Kalny 1994). Indigene lokale Autoritäten verboten den Verkauf von Land an Personen außerhalb des Dorfes, und wer nun mit BesucherInnen spricht, wird schnell verdächtig, „das Dorf zu verkaufen“ (Kalny 2013).

Was ist neu am aktuellen Extraktivismus? – Ein Fazit

Das Konzept des Neoextraktivismus beschreibt jene Form des Extraktivismus, wie er aktuell unter linken Regierungen Südamerikas praktiziert wird, und betont die teilweise großen Fortschritte dieser Regierungen bei der Verringerung von Armut, Mangel- und Unterernährung und in den Bereichen Bildung und Gesundheit (Weisbrot u.a. 2012). Es bedenkt aber weder die neuen Abbautechniken, z.B. Einsatz von Cyaniden und anderen Giftstoffen oder die massiven und vorher ungekannten Auswirkungen auf die Umwelt noch die veränderten Strategien und Handlungsmöglichkeiten betroffener Gemeinden, Widerstand zu leisten. Das Adjektiv „neu“ bezieht sich ausschließlich auf die Nutzbarmachung der Erträge durch eine veränderte politische Konstellation.

Für das Fallbeispiel Guatemala kann festgestellt werden, dass bereits die demokratisch gewählten Revolutionsregierungen von 1944 bis 1954 jene Strategien anwandten, die nun als neu beschrieben werden. Zusätzlich und im Gegensatz zu den aktuellen linken Regierungen begann Guatemala aber auch eine tiefgreifende strukturelle Veränderung und leitete dafür eine umfangreiche Agrarreform ein. Die Mittellinksregierung unter Präsident Álvaro Colom (2008-2012) wiederum verfügte nicht über ausreichenden Handlungsspielraum –und wohl auch nicht über den politischen Willen –, die Befugnisse der transnationalen Unternehmen und der lokalen Oligarchie sowie deren enge Beziehungen zum organisierten Verbrechen einzuschränken.

Das aktuelle Modell der Nutzbarmachung des Rohstoffbooms in einigen Staaten Südamerikas, welches als „Neuer Extraktivismus“ bezeichnet wird, bedarf somit zumindest dreier wichtiger Voraussetzungen: Erstens verfügen linke Regierungen und Ideen in Lateinamerika nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Konzentration der USA auf den „Krieg gegen den Terror“ über größere Freiräume als zuvor (Altvater 2013: 15). Zweitens sind die politischen Programme dieser Regierungen wesentlich weniger weitreichend als jene früherer linker Regierungen. Somit beruht die Terminologie „neu“ auch auf einer Ausblendung der Geschichte Lateinamerikas und insbesondere der linken Regierungen des Kontinents, die wie Salvador Allende in Chile, Luis Battle Berres in Uruguay oder Juan José Arévalo Bermejo und Jacobo Árbenz Guzmán in Guatemala, die Erträge aus der Extraktionswirtschaft zur Verbesserung der sozialen Situation nutzten, gleichzeitig aber strukturelle gesellschaftliche Veränderungen anstrebten. Drittens agieren diese südamerikanischen Regierungen in nationalen Kontexten, in denen zumindest eine gewisse innere staatliche Konsolidierung und Stabilität besteht. Diese Voraussetzung ist im Fall Guatemalas nicht gegeben.

Das Beispiel Guatemala zeigt auch, dass der Widerstand gegen Megaprojekte über zahlreiche Strategien verfügt. Diese umfassen Demonstrationen, das Abhalten von Kongressen und Foren, das Ausschöpfen nationaler und internationaler Rechtsmittel und das Nutzen internationaler Kooperationen. Die Erinnerung an den Bürgerkrieg bewirkt dabei die Interpretation neuer Großprojekte als den Versuch eines weiteren Genozids an der indigenen Bevölkerung durch den Staat. Der Einsatz aktueller Informationstechnologien erleichtert die Dokumentation von Gewalttaten durch private und staatliche Sicherheitskräfte, sowie deren Veröffentlichung im Internet. Während die Bedrohung durch Minenprojekte einerseits Situationen jahrelanger Ungewissheit in indigenen Gemeinden bewirken, bieten die guatemaltekeische und die internationale Rechtslage andererseits die Möglichkeit, das während des Bürgerkriegs beinahe ausgelöschte indigene Gewohnheitsrecht nun weiter bzw. teilweise neu zu entwickeln.

Literatur

- Acosta, Alberto (2012): „Hindernisse der Yasuní-ITT-Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 98-113.
- Alonso Fradejas, Alberto; Fernando Alonzo & Jochen Dürr (2008): *Caña de azúcar y palma africana: combustibles para un nuevo ciclo de acumulación y dominio en Guatemala*. Guatemala.
- Altvater, Elmar (2013): „Der unglückliche Rohstoffreichtum. Warum Rohstoffextraktion das gute Leben erschwert“. In: Buchardt, Hans-Jürgen; Kristina Dietz & Rainer Öhlschläger (Hg.): *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden, S. 15-32.
- Brett, Roddy (2006): *Movimiento social, etnicidad y democratización en Guatemala, 1985-1996*. Guatemala.
- CIDH – Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2010): *MC 260-07 – Comunidades del Pueblo Maya (Sipakepense y Mam) de los municipios de Sipacapa y San Miguel Ixtahuacán en el Departamento de San Marcos, Guatemala*. San José. <http://www.oas.org/es/cidh/decisiones/cautelares.asp>, letzter Aufruf: 1. 5. 2013.
- CEH – Comisión para el Esclarecimiento Histórico (1999a): *Guatemala. Memoria del Silencio. Tomo VI. Casos ilustrativos. Anexo I*. Guatemala.
- CEH – Comisión para el Esclarecimiento Histórico (1999b): *Guatemala: Memoria del Silencio. Caso Ilustrativo No. 10. Masacre y eliminación de la comunidad de Río Negro*. Guatemala.
- COPAE – Comisión Pastoral Paz y Ecología (2008): *Informe anual del monitoreo y análisis de la calidad de las aguas. Situación actual del agua alrededor de la mina Marlin, ubicada en los municipios de San Miguel Ixtahuacán y Sipacapa, departamento de San Marcos, Guatemala*. San Marcos.
- COPAE – Comisión Pastoral Paz y Ecología (2010): *Tercer informe anual del monitoreo y análisis de la calidad del agua. Situación actual del agua de los ríos Tzálá y Quivichil en el área de influencia de la mina Marlin, ubicada en los municipios de San Miguel Ixtahuacán y Sipacapa, departamento de San Marcos, Guatemala*. San Marcos.
- COPAE – Comisión Pastoral Paz y Ecología (2011): *IV Informe anual del monitoreo y análisis de la calidad del agua. Situación actual del agua de los ríos Tzálá y Quivichil en el área*

- de influencia de la mina Marlin, ubicada en los municipios de San Miguel Ixtahuacán y Sipacapa, departamento de San Marcos, Guatemala.* San Marcos.
- Comunidades (2004): *Declaración Comunitaria sobre la licencia de minería de metales a cielo abierto en el Departamento de San Marcos.* San Bartolomé Sipacapa.
- Deere, Carmen Diana, & Frederick S. Royce (2009): „Introduction. The rise and impact of national and transnational rural social movements in Latin America“. In: Deere, Carmen Diana, & Frederick S. Royce (Hg.): *Rural Social Movements in Latin America. Organizing for Sustainable Livelihoods.* Gainesville, Tallahassee, Tampa, & Boca Raton, S. 1-29.
- Defensoría Q'eqchi', CONIC – Coordinadora Nacional Indígena Campesina & Coordinación y Convergencia Waqib' Kej (2004): *Congreso Nacional Maya. „Las concesiones mineras en territorio maya: otro sistema de despojo e invasión extranjera!“* Tecpán. <http://homepage3.nifty.com/CADE/Espanol/EspanolMODI2005OCT/Congreso%20sobre%20minería.pdf>, letzter Aufruf: 1. 5. 2013.
- FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – & RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012a) (Hg.): *Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika.* Berlin.
- FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – & RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012b): „Der neue Extraktivismus. Die aktuelle Debatte über Rohstoffabhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 7-12.
- García, Rocio (2010): „Soberanía se escribe con ‘S’ de Sipacapa“. In: Yagenova, Simona (Hg.): *Los movimientos sociales y el poder: concepciones, luchas y construcción de contrahegemonía. Tomo II.* Guatemala, S. 21-48.
- Gudynas, Eduardo (2012a): „Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 46-63.
- Gudynas, Eduardo (2012b): „Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 144-161.
- ILO – International Labour Organisation (2012): *Report of the Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations.* Genf.
- ILO – International Labour Organisation (2013): *Report of the Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations.* Genf.
- Kalny, Eva (1994): „Die Kinder Guatemalas. Über den Einfluß von Repression und Diskriminierung auf Kiché-Kinder. Eine Fallstudie mit Kinderzeichnungen“. Diplomarbeit, Universität Wien
- Kalny, Eva (2013): „La violencia en tiempos de guerra y en tiempos de paz: el caso de una comunidad Maya guatemalteca“. In: *Estudios del Hombre*, Nr. 30, S. 281-298.
- Kobrak, Paul (1999): *Organizing and Repression in the University of San Carlos, Guatemala, 1944-1996.* Washington. http://shr.aas.org/guatemala/ciidh/org_rep/index.html, letzter Aufruf: 1. 5. 2013
- Lambert, Tobias (2012): *Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die Europäische Union – Probleme in Kolumbien und Peru.* Berlin.
- Lang, Miriam (2012): „Sieg der Marktlogik. Das Yasuní-Projekt und die deutsche Politik“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 116-124.
- Paz, Sarela (2012): „Der Marsch der TIPNIS-Indígenas. Über den Zusammenhang zwischen den indigenen Protesten in Bolivien und den extraktivistischen Modellen Südamerikas“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 82-95.
- Rodas Martini, Pablo (2004): „1er Foro Nacional de Minería. El Foro está siendo organizado por un frente amplio de once entidades“. In: *El Periódico*, 26. 11. 2004. Guatemala.
- Rojas-Kienzle, David (2012): „Rückgewinnung der Souveränität. Bolivien, Venezuela und Ecuador drängen den Neoliberalismus zurück und bauen die staatliche Kontrolle über ihre Rohstoffe aus“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 24-33.

- Rojas, Alex F. (2012): „Cierre de la mina Marlin valdría US\$ 49 millones“. In: *Prensa Libre*, 21. 4. 2012. Guatemala.
- Solano, Luis (2005): *Guatemala: petróleo y minería en las entrañas del poder*. Guatemala.
- Solano, Luis (2011): „Valle del Polochic: el poder de dos familias“. In: *Enfoque*, Bd. 2, Nr. 16, S. 1-27.
- Svampa, Maristella (2012): „Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 14-21.
- Universidad Noruega de Ciencias de la Vida & COPAE (2011): *Investigación sobre concentraciones de arsénico y otros elementos traza en sedimentos y muestras de agua recolectadas en ríos cercanos al proyecto mina Marlin de Goldcorp Inc. en el noroccidente de Guatemala*. San Marcos.
- Van de Sandt, Joris (2009): *Conflictos mineros y pueblos indígenas en Guatemala*. Den Haag & Amsterdam.
- Weisbart, Caren (2012): *Beyond Recognition: Alternative Rights-realizing Strategies in the Northern Quiche Region of Guatemala*. Winning essay of the 2011 graduate-level Baptista Essay Prize. Toronto.
- Weisbrot, Mark; Rebecca Ray; Luis Sandoval & Jake Johnston (2012): „Wirtschaft und Sozialpolitik in Venezuela und Bolivien“. In: FDCL & RLS 2012a, S. 36-43.
- Yagenova, Simona Violetta (2007): „Capítulo II: Los pueblos indígenas frente a la minería de cielo abierto: el caso de Sololá“. In: Yagenova, Simona Violetta (Hg.): *Guatemala: aproximación a los movimientos y luchas sociales del año 2005*. Guatemala, S. 45-54.
- Zarsky, Lyuba, & Leonardo Stanley (2011): *Buscando oro en el altiplano de Guatemala: Beneficios económicos y riesgos ambientales de la Mina Marlin*. Boston, MA.

Anschrift der Autorin:

Eva Kalny

e.kalny@ish.uni-hannover.de

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

303 Aneignungskämpfe in Geschlechterverhältnissen

FRIGGA HAUG: Menschsein können als Frau. Editorial

MEG LUXTON: Unsere Geschichte und Politik zurückgewinnen

S. HOFMEISTER, A. BIESECKER

& U. v. WINTERFELD: Draußen?

Zur Dialektik von Enteignung und Aneignung

RUTH MAY: Inbesitznahme des Städtischen

SABINE PLONZ: Prekarisierung hinter sich lassen, ohne Prekarität zu leugnen

F. HAUG: Was bringt Gramsci für eine feministische Politik in der Linken?

INES PHILIPP: Machtaneignung. Venezolanische Erfahrungen

W.-D. NARR: Die BRD - ein Land (fast) ohne Schatten; u.a.

Einzelheft 12 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin

Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · Argument Verlag

Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg

Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org